

Zusammengestellt von:
Thomas Bathge / Lars Holtkamp

Soziale Bewegungen

Fakultät für
**Kultur- und
Sozialwissen-
schaften**

Das Werk ist urheberrechtlich geschützt. Die dadurch begründeten Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung und Verbreitung sowie der Übersetzung und des Nachdrucks, bleiben, auch bei nur auszugsweiser Verwertung, vorbehalten. Kein Teil des Werkes darf in irgendeiner Form (Druck, Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung der FernUniversität reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	4
Roth, Roland 2011: Bürgermacht. Eine Streitschrift für mehr Partizipation, Hamburg: edition Körber-Stiftung: 97-140	21
Raschke, Joachim 1987: Zum Begriff der sozialen Bewegung, in Roth, Roland/Rucht, Dieter (Hg.): Neue soziale Bewegungen in der Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt/New York: Campus Verlag: 19-29	67
Herkenrath, Mark 2011: Die Globalisierung der sozialen Bewegungen. Transnationale Zivilgesellschaft und die Suche nach einer gerechten Weltordnung, Wiesbaden: VS Verlag, Kapitel: Theorieansätze der Bewegungsforschung: 32-57	79
Gerhard, Ute 2008: Frauenbewegung, in: Roth, Roland/Rucht, Dieter (Hg.): Die sozialen Bewegungen in Deutschland seit 1945. Ein Handbuch, Frankfurt/New York: Campus Verlag: 187-217	107
Rucht, Dieter/Roth Roland 2008: Globalisierungskritische Netzwerke, Kampagnen und Bewegungen, in: Roth, Roland/Rucht, Dieter (Hg.): Die sozialen Bewegungen in Deutschland seit 1945. Ein Handbuch, Frankfurt/New York: Campus Verlag: 493-512	139
Rucht, Dieter 2007: Umweltproteste in der Bundesrepublik Deutschland: eine vergleichende Perspektive, in: Jacob, Klaus/Biermann, Frank/Busch, Per-Olof/Feindt, Peter H. (Hg.): Politik und Umwelt, PVS - Politische Vierteljahresschrift Sonderheft 39/2007, Wiesbaden: VS-Verlag: 518-539	159
Kraushaar, Wolfgang 2011: Protest der Privilegierten? Oder: Was ist wirklich neu an den Demonstrationen gegen >>Stuttgart 21<<? In: Mittelweg 36, 3/2011: 5-22	183
März, Annegret 2011: Mobilisieren: Partizipation – vom „klassischen Aktivismus“ zum Cyberprotest, in: Baringhorst, Sigrid/Kneip, Veronika/März, Annegret/Niesyto, Johanna (Hg.): Unternehmenskritische Kampagnen. Politischer Protest im Zeichen digitaler Kommunikation, Wiesbaden: VS-Verlag: 222-263	203

Einleitung

Madrid, New York, Kairo, Stuttgart oder Gorleben – so verwegend diese Aufzählung auf den ersten Blick erscheint, die Gemeinsamkeit als Symbolorte des Protests verbindet die Puerta del Sol, den Zuccotti-Park, den Tahrir-Platz, den Stuttgarter Bahnhof und das Endlager im Wendland miteinander. In jüngster Zeit haben kollektive Proteste in ihren verschiedenen Ausprägungen, zu unterschiedlichen Themen und unter differierenden Kontextbedingungen eine enorme öffentliche Resonanz hervorgerufen. Unter dem Eindruck von sozialen Bewegungen wie „Occupy Wall Street“ oder den verschiedenen Strömungen des „Arabischen Frühlings“ wurde 2011 sogar zum „internationalen Jahr des Protests“ ausgerufen (Roth 2012: 21). Zudem begann in Deutschland mit den immerhin bundesweit Aufmerksamkeit erregenden Demonstrationen gegen „Stuttgart21“ eine Debatte über die negativen Effekte des „Wutbürgers“ auf Infrastrukturprojekte und dabei weitergehend auf die Investitionen in neue Stromtrassen, Windkraftanlagen oder Pumpspeicherkraftwerke im Rahmen der Energiewende (vgl. Marg u.a. 2013).

Unterscheidung von sozialen Bewegungen und Bürgerinitiativen

Abseits des medialen Interesses und der spektakulären Bilder lohnt sich ein politikwissenschaftlicher Blick auf soziale Bewegungen¹ und Bürgerinitiativen² als kollektive Akteure, die sich grob entlang ihrer Zielreichweite, Kontinuität und Ausprägung ihrer organisatorischen Struktur voneinander unterscheiden. Entgegen des öffentlichen Eindrucks und der Aufmerksamkeit rund um die genannten Proteste sind diese auch längst kein neues Phänomen mehr, sondern inzwischen zu einer konventionellen Form politischer Beteiligung geworden.³ Der etwas irri-

¹ „Mobilisierende kollektive Akteure, die mit einer gewissen Kontinuität auf der Grundlage hoher symbolischer Integration und geringer Rollenspezifikation mittels variabler Organisations- und Aktionsformen das Ziel verfolgen, grundlegenden sozialen Wandel herbeizuführen, zu verhindern oder rückgängig zu machen“ (Raschke 1991: 32f. Siehe auch den Textausschnitt von *Joachim Raschke* in diesem Band.)

² Auf kommunaler Ebene sind Bürgerinitiativen „die Standardform lokaler Mobilisierung >>von unten<< in der Bundesrepublik Deutschland“ (Roth 1998: 6). Sie können Teil von sozialen Bewegungen sein – in den 1970er und 80er Jahren galten sie selbst gar als „Bürgerinitiativbewegung“ – oft agieren sie aber auch unabhängig von anderen organisatorischen Strukturen. Es handelt sich um „Ein-Punkt-Bewegungen“ (one-purpose-movements), die sich aus einem konkreten Missstand im näheren Lebensumfeld z.B. in den Bereichen Verkehr, Umweltschutz, Wohnen, Freizeit, Bildung oder soziale Selbsthilfe heraus gebildet haben und versuchen kommunale politische Entscheidungsprozesse in ihrem Sinne durch verschiedene Formen öffentlicher Proteste und auch über institutionalisierte Zugänge wie Bürgerentscheide, Bürgeranträge oder Gerichtsverfahren zu beeinflussen (Mayer-Tasch 1985). Eine Einordnung von Bürgerinitiativen nimmt auch *Wolfgang Kraushaar* in diesem Reader vor.

³ Die Vorstellung, dass es sich bei der Gründung von Bürgerinitiativen um eine Form der unkonventionellen Beteiligung handelt (Barnes / Kaase 1979), kann also archiviert werden (Schneider-Wilkes 2001; Roth 2012: 29; Gabriel / Völkl 2005: 556). So ermittelte Rucht anhand von Protestereignisdaten aus Tageszeitungen alleine für die Zeit von 1950-1992 insgesamt 33,5 Millionen Teilnehmer an 5.264 Protesten

tierende Ausdruck der „neuen“ sozialen Bewegungen geht vor allem auf die analytische Abgrenzung zu ihren Vorgängern der „vorindustriellen“ („frühbürgerliche Bewegungen“) und „industriellen Phase“ und damit vor allem zur „alten“ Arbeiterbewegung zurück. Dieser Einschnitt in der Bewegungsgeschichte wird auf das Ende der 1960er Jahre datiert, die mit einer veränderten Sozialstruktur, Veränderungen in der Arbeitswelt, einer größeren Bedeutung postmaterieller Werte und neuen Aktionsformen der sozialen Bewegungen sowie ihrer weiteren Ausdifferenzierung in den 1970er und 1980er Jahren abseits der Arbeitswelt einhergehen. Gleichwohl sich die Motive des Protests wie Gerechtigkeit und Bürgerrechte auch in den „historisch weit zurückliegenden Bewegungen auffinden lassen“ und somit neben „Brüchen“ auch „Kontinuitäten“ bestehen (Roth / Rucht 1991: 19; Roth / Rucht 2008: 21).⁴ *Ute Gerhard* legt zum Beispiel in ihrem Beitrag die historischen Wurzeln der Frauenbewegung frei und schildert ihre weitere Entwicklung in den vergangenen Jahrzehnten.

Der vorliegende Reader soll anhand solcher konkreter Beispiele aus den unterschiedlichen Aktionsfeldern von sozialen Bewegungen und Bürgerinitiativen den im Modul untersuchten Bereich der Interessenvermittlung um eine Perspektive „von unten“ jenseits der etablierten Akteure (Parteien, Verbände, Verwaltung) erweitern. Als intermediäre Elemente zwischen der Privatsphäre der Bürger und dem politisch-administrativen System wird sozialen Bewegungen und Bürgerinitiativen eine ähnliche Rolle wie Parteien und Verbänden bei der Interessenaggregation und Interessenartikulation zugeschrieben (Rucht 1993; Steiner / Jarren 2009). Durch sie werden Themen auf die politische Agenda gesetzt, die zuvor unterrepräsentiert waren – der Umweltschutz als relativ neues Politikfeld ist hierfür ein Beispiel – und politische Alternativen in das politische System eingespeist – so wird die „Tobin-Steuer“ oder Finanztransaktionssteuer inzwischen nicht mehr nur von Globalisierungskritikern, sondern auch von der EU-Kommission diskutiert und auch der Atomausstieg wäre ohne die jahrzehntelangen Proteste

Teil der intermediären
Sphäre

und das nur an den Wochenenden in der alten Bundesrepublik (Rucht 1997: 386). Das zeigen auch die Daten aus dem Allbus-Survey 2008 zur politischen Partizipation. Bei einer Auswahl verschiedener Beteiligungsformen gaben immerhin noch circa 32 % der Befragten an, bei einer politischen Sache, die ihnen wichtig ist, in einer Bürgerinitiative mitarbeiten zu wollen. Die Möglichkeit über die Parteimitarbeit Einfluss zu nehmen, ziehen hingegen nur etwa 14 % ins Kalkül. Knapp 11 % der Befragten erklärten bereits in einer Bürgerinitiative mitgearbeitet zu haben (Gesis 2011: 36f., 48). Das sind bei rund 62 Millionen Wahlberechtigten (Statistisches Bundesamt / WZB 2011: 365) hochgerechnet etwa 6,8 Millionen Erwachsene.

⁴ Siehe dazu auch Raschke 1988: 22-75. Einen Überblick zur deutschen Bewegungsgeschichte liefert *Roland Roth* in diesem Reader.

und die hierdurch erfolgte Sensibilisierung der Bevölkerung trotz der neuerlichen Atomkatastrophe wohl kaum erwogen worden. Soziale Bewegungen und Bürgerinitiativen haben neue Partizipationsmöglichkeiten eingefordert und mit verschiedenen Informationsrechten, Klagemöglichkeiten, Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden sowie unterschiedlichen Verfahren der kooperativen Demokratie auf lokaler Ebene in Deutschland auch bekommen.⁵ Zudem wurden gerade auf lokaler Ebene institutionalisierte Bürgerinitiativen zu wichtigen Partnern der Gemeindeverwaltung bei der Koproduktion kommunaler Leistungen im Umwelt-, Sozial-, Gesundheit- oder Kulturbereich. *Roland Roth* erläutert in seinem Textauschnitt, der überblickartig soziale Bewegungen und Bürgerinitiativen behandelt, diese ihnen zugeschriebenen „demokratischen Impulse“.

Standortkonflikte

Gerade in Standortkonflikten zeigt sich allerdings die durchaus problematische Rolle von Bürgerinitiativen und sozialen Bewegungen. Empirische Untersuchungen zu Mediationsverfahren belegen, dass die Konsensfindung mit Bürgerinitiativen bei der Planung von z.B. Müllverbrennungsanlagen und anderen Infrastrukturprojekten mit enormen Schwierigkeiten behaftet ist. „Win-Win“-Situationen sind in solchen Konflikten, wie dies auch am Beispiel „Stuttgart21“ deutlich wird, nur schwer herzustellen. Die protestierenden Bürger handeln eher nach dem „St. Florians- oder NIMBY-Prinzip“: Projekte im eigenen Lebensumfeld werden verhindert, selbst wenn ihre grundsätzliche Notwendigkeit nicht einmal in Zweifel gezogen wird.⁶ Die Befürchtung, dass bereits Privilegierte der Gesellschaft auch Bürgerinitiativen nutzen, um ihre Interessen gegen das Gemeinwohl durchzusetzen, wird seit dem ersten Auftreten von Bürgerinitiativen geäußert und ist ein gängiger Vorwurf in den politischen Auseinandersetzungen. *Wolfgang Kraushaar* geht in seinem Artikel am Beispiel von „Stuttgart21“ darauf ein und liefert empirische Daten zur sozial sehr selektiven, insbesondere in Bezug auf den Bildungsgrad, Zusammensetzung der Proteste.

⁵ Auch wenn sich die hochgesteckten Erwartungen an kooperative Verfahren (vgl. Kersting 2004) oftmals nicht erfüllt haben (vgl. Holtkamp / Bathge 2012). Zudem wurde die Forderung nach mehr direkter Demokratie auf Bundesebene bisher nicht umgesetzt und die Hürden für Volks- und Bürgerentscheide auf Landes- und kommunaler Ebene werden noch immer als zu hoch bewertet (www.mehr-demokratie.de).

⁶ Klassisches Beispiel für die „Not In My Backyard“-Haltung von Bürgerinitiativen sind die Mediationsverfahren zu Müllverbrennungsanlagen in 1990er Jahren in Deutschland (vgl. Holtkamp / Bogumil 2007: 548; Jansen 1997) oder die seit kurzem im Blickpunkt stehenden Konflikte um den Bau von Moscheen (Beinhauer-Köhler / Leggewie 2009: 120).

Die theoretische Basis zur Analyse von sozialen Bewegungen liefert der Textauschnitt von *Andreas Herkenrath*. Zum einen werden hier Erklärungsmodelle für die Entstehung von sozialen Bewegungen angeboten. Zum anderen können die theoretischen Ansätze der Ressourcenmobilisierung, der politischen Kontextbedingungen, des „Framings“ oder der kollektiven Identität auch als Anknüpfungspunkte genutzt werden, um die Organisationsstruktur von sozialen Bewegungen, ihre Ziele, Strategien und Aktionsformen sowie ihre Einflussmöglichkeiten analysieren zu können.

Während die Entstehung von einzelnen Bürgerinitiativen oft an konkreten Missständen (z.B. Planungsverfahren in der Gemeinde) und dem Engagement bestimmter, meist direkt betroffener Personen festzumachen ist, welche als Gründungsmitglieder die Führungsrolle in der Initiative innehaben, ist der Entstehungsprozess von sozialen Bewegungen schwieriger nachzuvollziehen. Es herrscht in der Forschung heute aber weitgehend Einigkeit, dass nicht nur ein Faktor für die Entstehung von sozialen Bewegungen verantwortlich sein kann (vgl. Rucht 2011).⁷ So führt Unzufriedenheit alleine, wie der (relative) Deprivationsansatz nahelegt, nicht zwangsläufig zu kollektiven Aktionen (Snow u.a. 1986: 465). Die Annahme, dass die Menschen, denen es am schlechtesten in der Gesellschaft geht „auf die Straße gehen“, hat sich nicht bestätigt. Allerdings ist die subjektiv empfundene Differenz zwischen Erwartung und Realität durchaus eine Triebkraft für soziale Bewegungen (Raschke 1988: 146f.). Proteste können demnach „nicht an bloß erfundene Problemlagen anknüpfen (...), um glaubwürdig zu sein und nicht als Hirngespinnste zu erscheinen oder auf Gleichgültigkeit zu stoßen“ (Rucht 1994: 339). Und doch ist die geschickte Diagnose von Problemen, die Entwicklung von möglichen Lösungen und die Motivation zu kollektiven Handlungen ein konstitutives Element von sozialen Bewegungen (vgl. Snow u.a. 1986). Sie erzeugen und verbreiten auf diese Weise „kollektive Deutungsrahmen“ oder „Interpretationsschemata“ (frames), die das Engagement legitimieren, neue Anhänger mobilisieren, dem Gegner schaden, Unterstützung anderer Gruppen und Organisationen gewinnen sowie die Adressaten des Protests beeinflussen und Mobilisierung für die Gegenseite verhindern sollen (Kern 2008: 142; Kreissl /

„Framing“

⁷ Auch sind kollektive Proteste nicht mehr als „irrationale Masse“ (Max Weber), die ihrer Wut unkontrolliert auf der Straße freien Lauf lässt, zu verstehen, wovon sozialpsychologische Ansätze lange Zeit ausgingen.

Sack 1998: 44-46; Benford / Snow 2000: 614; McAdam 1994: 395). Hieran knüpfen auch empirische Arbeiten an, die anhand der Veröffentlichungen der Bewegungen und Initiativen sowie Berichten der Medien untersuchen, welche „Framing-Strategien“ die Gruppen anwenden und warum sie dies tun.⁸

Umweltbedingungen

Die Entstehung von sozialen Bewegungen ist aber auch wesentlich geprägt von den gegebenen politischen Umweltbedingungen, die vorteilhaft oder unvorteilhaft für Aktionen von sozialen Bewegungen sein können.⁹ Die von Peter Eisinger in die Bewegungsforschung eingeführte Unterscheidung zwischen offenen und geschlossenen politischen Systemen betrachtet die politischen Institutionen als Gelegenheitsstruktur. Er stellte fest, dass Protest am wahrscheinlichsten in Systemen ist, die weder vollkommen offen für neue Anliegen sind und leichten Zugang zu ihren Institutionen ermöglichen, noch in Systemen, die sich neuen Anliegen verschließen und keinen Zugang zu ihren Institutionen gewähren (Kern 2008: 153f.). Ein mittleres Niveau dieser Variable gilt als „mobilisierungsfördernd“ (Rucht 1998: 116; Tarrow 1991: 652). Als Zugangschancen werden im politischen System der Bundesrepublik Deutschland z.B. direktdemokratische Entscheidungsmöglichkeiten, die Beteiligung an Hearings, Klagemöglichkeiten sowie Informations- und Einspruchsrechte gesehen. Kriesis Modell des politischen Kontextes identifiziert diese als weitgehend stabile Strukturen, die zumindest kurzfristig nicht von sozialen Bewegungen verändert werden könnten,¹⁰ während die Akteurskonfigurationen und die Gegenstrategien der etablierten Akteure (der Interaktionskontext) eher beeinflussbar seien (Kriesi 2004: 74).

Gegenstrategien

Diese Akteurskonfigurationen lassen sich noch aufschlüsseln nach weiteren Variablen des „Political Opportunity Structure“-Konzepts. Hierbei rücken die Geschlossenheit oder Einigkeit der politischen Elite und die Existenz von Verbündeten wie Vereine, Verbände, religiöse Gemeinschaften, Parteien, andere Initiativen oder Bewegungen in den Blickpunkt. Je nach Themenbereich können sich strate-

⁸ Siehe z.B. zu den übergreifenden Frames der Bewegung „Recht auf Stadt“ Butzlaff u.a. 2013; vgl. Nover 2009 zum Konflikt um den Bau einer psychiatrischen Klinik oder zu den Frames anlässlich einer IWF-Konferenz Gerhards / Rucht 1992 sowie allgemeiner Klimment 1998.

⁹ „Als politische Gelegenheitsstruktur bezeichne ich konsistente – jedoch nicht notwendig formale oder dauerhafte – Parameter für soziale oder politische Akteure, die ihre Aktionen entweder ermutigen oder entmutigen“ (Tarrow 1991: 651).

¹⁰ Langfristige Veränderungen wie oben angesprochen sind denkbar und haben in Deutschland auch stattgefunden (s.o.).

gische Anknüpfungspunkte für das Wirken von sozialen Bewegungen ergeben, die wiederum beantwortet werden von Gegenstrategien, welche über die bloße Bereitschaft des Staates zu repressiven Maßnahmen hinausgehen. Als exklusive Gegenstrategien können neben der Repression durch polizeiliche oder gar militärische Mittel auch eine polarisierende und konfrontative Kommunikation gewählt werden wie z.B. eine Abwertung der sozialen Bewegung als bloße Partikularinteressenvertretung oder der Versuch die Bewegung zu ignorieren („totzuschweigen“). Möglich sind aber auch integrative Strategien, die auf eine Verhandlungslösung abzielen können. Die Anerkennung als Gegner oder Verhandlungspartner in der politischen Arena müssen sich soziale Bewegungen allerdings erst „erarbeiten“ (vgl. Kriesi 2001: 9; Prittwitz 2000: 273). Da dies vorrangig über symbolische Protestaktionen in der Öffentlichkeit geschieht und massenmedial vermittelt werden muss, ist der Zugang zu Massenmedien (und damit zur medialen Arena) eine wichtige Rahmenbedingung. Eine rein bipolare Interaktion von Strategien und Handlungen der sozialen Bewegungen und ihren Gegnern wäre somit unterkomplex. Die Beteiligten handeln nicht in einem „sozialen Vakuum“, sondern müssen die Reaktionen von Medien, „Bystanders“ und potenziellen Verbündeten einkalkulieren. Denn von diesen hängt der Erfolg der jeweiligen Strategien ab (Rucht 2004: 197-202). Die Reaktion von Öffentlichkeit und der politischen Elite ist dabei wiederum wesentlich geprägt von der Stärke der Bewegung (McAdam u.a 1996: 17), die auf den ihr zur Verfügung stehenden Ressourcen beruht.

Die Vertreter der These der Ressourcenmobilisierung sehen hierin erst die entscheidende Erklärungsvariable für die Entstehung von sozialen Bewegungen (siehe McCarthy / Zald 1977; McAdam u.a. 1988; Edwards / McCarthy 2004). Diese Ressourcenmobilisierung (z.B. personelle und materielle Ressourcen) erfolgt durch Bewegungsorganisationen, die die Teilnahmekosten des Einzelnen durch Koordination und Ressourcenbündelung senken sowie selektive Anreize bieten können. Nur mit Hilfe von Organisationen können Betroffene über Ressourcen verfügen und effektiv handeln (vgl. Nover 2009: 36f.; Klandermans 1998: 185; Raschke 1988: 194). Dieser strikt rationale Ansatz hat allerdings auch Kritik hervorgerufen. Selektive Anreize durch Bewegungsorganisationen und bloße Kosten-Nutzen-Erwägungen auf Seiten der potenziellen Teilnehmer können nicht allein das kollektive Handeln von Menschen erklären. Moralische Verpflichtung und Solidarität sowie die Ausbildung einer „kollektiven Identität“ („Wir-Gefühl“) in

Verfügbarkeit von Ressourcen als Erklärung

der Gruppe bieten ebenfalls eine starke Motivation (Hellmann 1995; 1998). Die Untersuchung der Ressourcenquellen von sozialen Bewegungen und Bürgerinitiativen – Welche Verbündete haben was zur Bewegung beigetragen? – kann trotzdem ein gewinnbringender Ansatzpunkt sein, um ihre Strategiewahl und Aktionsformen sowie ihr Mobilisierungs- und Einflusspotenzial erklären zu können.

Welche Strategien verfolgen soziale Bewegungen und Bürgerinitiativen? Nach Ralph Turner und Lewis Killian bietet sich eine Aufteilung in drei Grundstrategien an.¹¹

Strategien von sozialen Bewegungen

1. „Verhandlung“: Die Verhandlungsstrategie setzt voraus, dass die Bewegung „Tauschwerte“ („Wählerstimmen oder Nicht-Eskalation“) anzubieten hat und ein Verhandlungskorridor vorhanden ist.
2. „Zwang“ bzw. „Veto“: Raschke identifizierte Zwang als Einflusstategie, die darauf beruht den Gegnern Kosten zu verursachen oder Schäden anzudrohen z.B. durch Gewalteininsatz, aber auch durch Formen des zivilen Ungehorsams in seiner Extremform wie die massen- und dauerhafte Besetzung und Blockade von Häusern, Straßen und Plätzen.¹² In Abgrenzung dazu kann vor allem die Nutzung institutioneller Instrumente wie Bürger- oder Volksentscheide oder Klagen gegen Planfeststellungsverfahren eine mögliche Vetostrategie sein, die zudem, vor allem in Bezug auf Bürgerinitiativen, deutlich häufiger anzutreffen ist.
3. „Überzeugung“: Diese Strategievariante beruht auf „rein symbolischer Einflußnahme, ohne dass nennenswerte Belohnungen oder Strafen seitens der Bewegung angewendet würden“. Die strategischen Varianten des „Framings“, der interpretativen Rahmung des Geschehens, durch soziale Bewegungen und durch Bürgerinitiativen rückt hier in den Blickpunkt. Damit eng verknüpft sind auch die meisten (nicht massen- und dauerhaften) Handlungen des zivilen Ungehorsams, die zur symbolischen Einfluss-

¹¹ Mit Ergänzungen nach Raschke 1988: 370-372. Eine ähnliche Einordnung der Strategien wählt Rucht, der den vier Intensitätsstufen der Auseinandersetzung von Harry Specht: Kooperation, Konkurrenz, Disruption und Gewalt bestimmte Handlungs- und Argumentationsstrategien zuordnet (Rucht 1982: 236-241). Die Trennung dieser Strategien ist künstlich. Es ist anzunehmen, dass es im Verlauf der politischen Auseinandersetzung zu einer Kombination der Strategien kommt. So stellt z.B. Meyer fest, dass häufig eine „Doppelstrategie“ aus Verhandeln und Protest vorliegt (Meyer 2008: 315f.).

¹² Die dauerhafte Blockaden des Finanzviertels oder die Erstürmung des Flughafens in Bangkok während wochenlanger Demonstrationen können Formen einer solchen Zwangsstrategie auf Grundlage zivilen Ungehorsams sein (Proteste und Blockaden in Bangkok, in: FAZ, 14.3.2010).

nahme genutzt werden können, aber letztlich kein wirkliches Zwangs- oder Vetomittel darstellen. Im Rahmen der Überzeugungsstrategie können auch alle Formen von Lobbying-Strategien gefasst werden, die zumindest bei professionellen Bewegungsorganisationen, die z.B. im Umfeld der Klimaschutzgipfeltreffen anzutreffen sind oder bereits als Verbände Zugang zu Anhörungen in den Parlamenten haben, eine durchaus wichtige Rolle einnehmen (Steiner / Jarren 2009).

Gewalt als Strategie spielt übrigens entgegen der öffentlichen Wahrnehmung und Erinnerung (Wackersdorf, Startbahn West) in der politischen Auseinandersetzung in Deutschland eine eher marginale Rolle, wie dies *Dieter Rucht* in seiner Zeitungsanalyse von „Protestereignissen“ in der Umweltbewegung zeigt. Nach aller Erfahrung hat der eigene Gewalteininsatz negative Auswirkung auf den Mobilisierungserfolg von sozialen Bewegungen und Bürgerinitiativen, während der staatliche Gewalteininsatz gegen friedliche Demonstranten durchaus den gegenteiligen Effekt haben kann (vgl. Roth 1998: 15; Rucht 1982: 238; Ottersbach 2003: 156).

Die Strategiefähigkeit von sozialen Bewegungen ist dabei aufgrund ihrer Organisation umstritten, obwohl sie grundsätzlich als rational handelnde Akteure gelten. Soziale Bewegungen unterscheiden sich nämlich in ihrer organisatorischen Flexibilität erheblich von Parteien und Verbänden. „Bewegungen haben Organisationen, Parteien und Verbände sind Organisationen“ (Rucht 1993: 263). Häufig werden sie auch als „Netzwerke mobilisierter Netzwerke“ (Neidhardt 1985) beschrieben. *Dieter Rucht* und *Roland Roth* machen in ihrem Artikel zu globalisierungskritischen Bewegungen deutlich, wie vielschichtig die organisatorische Basis von sozialen Bewegungen sein kann und welche strategischen Probleme hieraus erwachsen. Im Vergleich mit korporativen Akteuren wie Verwaltungen konstatiert Fritz Scharpf für kollektive Akteure, die keine institutionalisierte Führungsstruktur haben, wie zum Beispiel soziale Bewegungen oder Bürgerinitiativen, einen strategischen Nachteil. Wichtige Handlungsressourcen sind unter Kontrolle der Mitglieder und nicht auf der Führungsebene konzentriert. Interne Konflikte werden nicht hierarchisch oder durch schnelle Mehrheitsentscheidungen, sondern eher durch Gespräche und Verhandlungen gelöst, was laut Scharpf Effizienz- und Effektivitätsverluste zur Folge hat (Scharpf 2000: 101-106). Im Kampf „David gegen Goliath“ können sie diesen Nachteil aber durch „Schwar-

Organisation von
sozialen Bewegungen

mintelligenz“ und großem Einsatz wieder wettmachen (Ganz 2004).¹³ Die Mobilisierung von Unterstützern wird durch die eher lockere Struktur und die Möglichkeit zur nichtinstitutionalisierten Teilnahme erleichtert – soziale Bewegungen und Bürgerinitiativen sind bekannt dafür, dass sie weit über den engen Kreis der Aktiven hinaus für Protestaktionen mobilisieren können – wobei gerade im Umweltbereich oder im Aktionsfeld der Selbsthilfe auch eine stärkere Institutionalisierung, vor allem die Entwicklung hin zu Vereins- oder übergreifenden Verbandsstrukturen wie dem Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz, zu professionellen Bewegungsorganisationen wie Greenpeace oder gar die Gründung von Alternativ-Parteien wie „Die Grünen“, zu beobachten war und ist. In Anbetracht veränderter Engagementmotive (vgl. zusammenfassend Holtkamp / Bogumil / Kißler 2006: 100-103) und des verringerten Interesses an einer langfristigen und organisatorischen Bindung entsprechen soziale Bewegungen und auch die lokalen Bürgerinitiativen eher der neuen Beteiligungskultur als die klassische Mitgliedschaft in Gewerkschaft oder Partei. Die starke Ausdifferenzierung der sozialen Bewegungen erlaubt hierbei freiwilliges Engagement in vielen spezifischen Themenbereichen wie Umwelt, Frieden und Abrüstung, Frauenemanzipation, Globalisierungskritik, Antirassismus, Menschenrechte oder Homosexualität.¹⁴

Medien als strategischer Fixpunkt

Wesentlicher strategischer Fixpunkt der strategischen Bemühungen von sozialen Bewegungen und Bürgerinitiativen ist die mediale Öffentlichkeit.¹⁵ „Eine Bewegung, über die nicht berichtet wird, findet nicht statt“ (Raschke 1988: 343; Gamson 2004: 252). Über Medienpräsenz können Anhänger rekrutiert, ein Wir-Gefühl erzeugt, Bündnispartner gewonnen und die politischen Entscheidungsträger zu Reaktionen genötigt werden (Schmitt-Beck 1990: 644f.). Während die etablierten politischen Akteure durch ihre Position über einen gesicherten Zugang zur Öffentlichkeit verfügen, müssen sich soziale Bewegungen und Bürgerinitiativen diesen

¹³ Auch wäre zu diskutieren, wie erfolgreich ein korporativer Akteur – hier steht als Adressat der Proteste vor allem die Exekutive im Fokus – mit ungewöhnlichen Strategien und Aktionsformen von sozialen Bewegungen umgehen kann.

¹⁴ Zu weiteren Themenfeldern siehe den Sammelband von Roth und Rucht (2008). Dabei sollte nicht verschwiegen werden, dass auch Rechtsextremisten soziale Bewegungen bilden. Soziale Bewegungen müssen demnach keine progressiven, emanzipations- und beteiligungsfördernden Ziele verfolgen (Leggewie 1998; Rucht 2011: 35). Siehe auch zu Moscheekonflikten Beinhauer-Köhler / Leggewie 2009: 173; Häussler 2008.

¹⁵ Zum Begriff der Öffentlichkeit siehe Neidhardt 1994. Hieran knüpfen empirische Untersuchungen an, die mit Hilfe der Auswertung von Zeitungsartikeln zeigen können, inwieweit soziale Bewegungen und Bürgerinitiativen mit ihren „Framings“ in die Öffentlichkeit dringen können (vgl. Hocke 2002).

Status erst erarbeiten. Vor allem muss es ihnen gelingen mit ihren Themen und ihren zugehörigen Interpretationen den „Selektionsfilter“ der Medien zu passieren (Kriesi 2001: 8f.). „Bewegungen sind für die Massenmedien lediglich unter bestimmten Umständen interessant, insofern sie die Routine des konventionellen Politikbetriebes durch Elemente des Dramas, der Leidenschaft, des Spektakels durchbrechen“ (Rucht 2003: 12f.; Schmitt-Beck / Pfetsch 1994: 107). Soziale Bewegungen und Bürgerinitiativen setzen dabei auf symbolische Handlungen und auf inszenierte Ereignisse, um in der Öffentlichkeit mit ihren Interpretationen und Deutungen eines Problems wahrgenommen zu werden. Dies können z.B. Demonstrationen, Menschenketten, Mahnwachen, Unterschriftensammlungen, der gemeinsame Besuch von Ratssitzungen, Flashmobs u.ä. sein, die begleitet werden von der Ansprache der Presse (z.B. per Pressemitteilung) und der Bürger per direkt verteiltem Informationsmaterial („offline“ und „online“). Mit der Veralltäglic-
Onlineprotest

Die Anschlussmöglichkeiten für eigene empirische Untersuchungen im Rahmen von Haus- oder Abschlussarbeit sind somit vielfältig und konnten hier nur angedeutet werden. Die Erweiterung der Perspektive auf soziale Bewegungen und Bürgerinitiativen im politischen Prozess soll allerdings nicht den Eindruck erwecken, dass die Interessenvermittlung durch Protest *grundsätzlich* die Demokratie verbessert. „Bürgermacht“ (Roth 2011) kann politische Entscheidungen beeinflussen, ob das im positiven oder negativen Sinne geschieht, muss aber im Einzelfall empirisch untersucht und bewertet werden. Zunächst bildet die Beschreibung und Erklärung der Interaktion von sozialen Bewegungen und Bürgerinitiativen mit Parteien, Verbänden, Medien und nicht zuletzt der Verwaltung in ganz unterschiedlichen Politikfeldern ein sicherlich ausreichend weites Forschungsfeld, das aber einen großen Vorteil hat: Es ist relativ leicht zugänglich. In fast jeder Gemeinde treten Bürgerinitiativen und/oder soziale Bewegungen in Erscheinung. Die potenziellen Gesprächspartner sind häufig leicht für qualitative Interviews zu motivieren. Allerdings dürfen die Entscheidungsprozesse nicht zu lange zurückliegen. Denn viele Bürgerinitiativen lösen sich nach Erfolg oder Misserfolg sofort

Einfacher Feldzugang wieder auf.¹⁶ Während die Organisation von sozialen Bewegungen und Bürgerinitiativen, ihre Strategien und Aktionsformen so relativ einfach erhoben und erklärt werden können, auch mit Rückgriff auf deren eigene Veröffentlichungen (Flugblätter, Internetseiten usw.) oder auf weitere Gesprächspartner aus Verwaltung und Politik sowie auf die mediale Berichterstattung, gestaltet sich die Erfolgsevaluation schwieriger. Das gilt insbesondere für Bewegungen, die Einfluss auf nationale oder gar internationale politische Entscheidungsprozesse nehmen wollen, meist einen ausgeprägten Zielkatalog besitzen und deren Erfolge teilweise erst über lange Zeiträume, wie z.B. beim Atomausstieg, sichtbar werden. Es ist deshalb nicht verwunderlich, dass die Zurechnung von politischen Veränderungen gerade bei sozialen Bewegungen als „heikel“ betrachtet wird (Rucht / Roth 2008: 658). Besser für eine Erfolgsevaluation aus Sicht von sozialen Bewegungen und Bürgerinitiativen eignen sich politische Konflikte, die am Ende per Bürger- oder Volksentscheid entschieden wurden. Hier kann im Sinne eines Soll-Ist-Vergleichs der Erfolg oder Misserfolg anhand des gesetzten Ziels („Nein zum Kraftwerk“ o.ä.) konkret festgestellt werden, wobei auch ohne direktdemokratische Verfahren eine Befragung von Bürgerinitiativen nach ihren erreichten Zielen, eine Einschätzung hierzu ermöglicht (siehe zu Verkehrsinitiativen Schneider-Wilkes 2001). Über die Kampagnenfähigkeit (organisatorische, materielle und personelle Ressourcen) der sozialen Bewegungen und Bürgerinitiativen, über die Mobilisierung von Verbündeten, über ihre Strategien und Aktionen sowie über die Gegenstrategien können die Ergebnisse von Bürger- und Volksentscheiden erklärt werden. Zudem sind solche politischen Entscheidungen meist auch detailliert medial dokumentiert und auswertbar. Die letzten beiden Schritte könnten dann sein, diese konstatierten Wirkungen mit Rückgriff auf die Dimensionen der Input- und Output-Legitimität der Demokratie zu bewerten und Empfehlungen für zukünftige Interaktionen zwischen sozialen Bewegungen und Bürgerinitiativen und den etablierten Akteuren für beide Seiten zu geben (siehe ausführlich zu den analytischen Schritten der empirischen Verwaltungswissenschaft Holtkamp 2012).

¹⁶ Dies macht auch quantitative Befragungen schwierig. Eine Möglichkeit dieses Problem teilweise zu umgehen, könnte die Konzentration auf Bürgerinitiativen sein, die sich zu Vereinen weiterentwickelt haben und in den Vereinsregistern eingesehen werden können.

Literaturverzeichnis

Barnes, Samuel H. / Kaase, Max 1979: Political action – mass participation in 5 western democracies, Beverly Hills.

Beinhauer-Köhler, Bärbel / Leggewie, Claus 2009: Moscheen in Deutschland. Religiöse Heimat und gesellschaftliche Herausforderung, München.

Benford, Robert D. / Snow, David A. 2000: Framing Processes and Social Movements. An Overview and Assessment, in: Annual Review of Sociology (26): 611-639.

Butzlaff, Felix / Hoefft, Christoph / Kopp, Julia 2013: „Wir lassen nicht mehr alles mit uns machen!“, Bürgerproteste an und um den öffentlichen Raum, Infrastruktur und Stadtentwicklung, in: Marg, Stine / Geiges, Lars / Butzlaff, Felix / Walter, Franz (Hg.): Die neue Macht der Bürger. Was motiviert Protestbewegungen? BP-Gesellschaftsstudie, Reinbek: 48-93.

Edwards, Bob / McCarthy, John D. 2004: Resources and Social Movement Mobilization, in: Snow, David A. / Soule, Sarah A. / Kriesi, Hanspeter (Hg.): The Blackwell Companion to Social Movements, Malden; Oxford; Carlton: 116-152.

Gabriel, Oskar W. / Völkl, Kerstin 2005: Politische und soziale Partizipation, in: Gabriel, Oskar W. / Holtmann, Everhard (Hg.): Handbuch Politisches System der Bundesrepublik Deutschland. 3. Aufl. München; Wien: 523-574.

Gamson, William A. 2004: Bystanders, Public Opinion, and the Media, in: Snow, David A. / Soule, Sarah A. / Kriesi, Hanspeter (Hg.): The Blackwell Companion to Social Movements, Malden; Oxford; Carlton: 242-261.

Ganz, Marshall 2004: Why David Sometimes Wins: Strategic Capacity in Social Movements, in: Goodwin, Jeff / Jasper, James M. (Hg.): Rethinking Social Movements. Structure, Meaning, and Emotion, Lanham; Oxford: 177-198.

Gerhards, Jürgen / Rucht, Dieter 1992: Mesomobilization: Organizing and Framing in Two Protest Campaigns in West Germany, in: American Journal of Sociology (98) 3/1992: 555-596.

GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften 2011: ALLBUS 2008 - Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften, GESIS, Köln.

Hellmann, Kai-Uwe 1998: Paradigmen der Bewegungsforschung. Forschungs- und Erklärungsansätze – ein Überblick, in: Hellmann, Kai-Uwe / Koopmans, Ruud (Hg.): Paradigmen der Bewegungsforschung, Opladen; Wiesbaden: 9-32.

Hellmann, Kai-Uwe 1995: Soziale Bewegungen und Kollektive Identität. Latenz, Krise und Reflexion sozialer Milieus, in: Forschungsjournal NSB 1/1995: 68-81.

Hocke, Peter 2002: Massenmedien und lokaler Protest. Eine empirische Fallstudie zur Medienselektivität in einer westdeutschen Bewegungshochburg, Wiesbaden.

- Holtkamp, Lars 2012: Verwaltungs- und Haushaltsreformen – Eine problemorientierte Einführung, Wiesbaden.
- Holtkamp, Lars / Bathge, Thomas 2012: Lokale Bürgerbeteiligung in der Haushaltskrise, in: dms – Der moderne Staat, 1/2012: 47-64.
- Holtkamp, Lars / Bogumil, Jörg 2007: Verbände auf kommunaler Ebene, in: Winter, Thomas von / Willems, Ulrich (Hg.): Interessenverbände in Deutschland, Wiesbaden: 539-562.
- Holtkamp, Lars / Bogumil, Jörg / Kißler, Leo 2006: Kooperative Demokratie. Das politische Potenzial von Bürgerengagement, Frankfurt; New York.
- Jansen, Dorothea 1997: Mediationsverfahren in der Umweltpolitik, in PVS 2/1997: 274-297.
- Kern, Thomas 2008: Soziale Bewegungen. Ursachen, Wirkungen, Mechanismen, Wiesbaden.
- Häusler, Alexander 2008 (Hg.): Rechtspopulismus als „Bürgerbewegung“. Kampagnen gegen Islam und Moscheebau und kommunale Gegenstrategien, Wiesbaden.
- Kersting, Norbert 2004: Die Zukunft der lokalen Demokratie. Modernisierungs- und Reformmodelle, Frankfurt; New York.
- Klandermans, Bert 1998: Ausländerfeindliche Bewegungen und Parteien im Vier-Länder-Vergleich. Ressourcenmobilisierung, Kosten-Nutzen-Relationen, Organisation und Netzwerke, in: Hellmann, Kai-Uwe / Koopmans, Ruud (Hg.): Paradigmen der Bewegungsforschung, Opladen; Wiesbaden: 181-197.
- Kliment, Tibor (1998): Durch Dramatisierung zum Protest? Theoretische Grundlegung und empirischer Ertrag des Framing-Konzeptes, in: Hellmann, Kai-Uwe / Koopmans, Ruud (Hg.): Paradigmen der Bewegungsforschung, Opladen; Wiesbaden: 69-89.
- Kreissl, Reinhard / Sack, Fritz 1998: Framing. Die kognitiv-soziale Dimension von sozialem Protest, in: Forschungsjournal NSB 4/1998: 41-54.
- Kriesi, Hanspeter 2004: Political Context and Opportunity, in: Snow, David A. / Soule, Sarah A. / Kriesi, Hanspeter (Hg.) 2004: The Blackwell Companion to Social Movements, Malden; Oxford; Carlton: 67-90.
- Kriesi, Hanspeter 2001: Die Rolle der Öffentlichkeit im politischen Entscheidungsprozess, Discussion Paper P 01-701, Berlin: Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB).
- Marg, Stine / Geiges, Lars / Butzlaff, Felix / Walter, Franz 2013 (Hg.): Die neue Macht der Bürger. Was motiviert Protestbewegungen? BP-Gesellschaftsstudie, Reinbek.

Leggewie, Claus 1998: Neo-Kapitalismus und Neue Rechte. Sozialstrukturelle Voraussetzungen radikaler rechter Bewegungen, in: Hellmann, Kai-Uwe / Koopmans, Ruud (Hg.): Paradigmen der Bewegungsforschung, Opladen; Wiesbaden: 131-148.

Mayer-Tasch, Peter Cornelius 1985: Die Bürgerinitiativbewegung. Der aktive Bürger als rechts- und politikwissenschaftliches Problem, 5. Aufl., Hamburg.

McAdam, Doug 1994: Das „Framing“ der amerikanischen Bürgerrechtsbewegung, in: Neidhardt, Friedhelm (Hg.): Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegungen, Opladen: 393-411.

McAdam, Doug / McCarthy, John D. / Zald, Mayer N. 1988: Social Movements, in: Smelser, Neil J. (Hg.): Handbook of Sociology, Newbury Park: 695-738.

McAdam, Doug / McCarthy, John D. / Zald, Mayer N. 1996: Introduction: Opportunities, mobilizing structures, and framing processes – toward a synthetic, comparative perspective on social movements, in: dies. (Hg.): Comparative perspectives on social movements. Political opportunities, mobilizing structures, and cultural framings, Cambridge: 1-22.

McCarthy, John D. / Zald, Mayer N. 1977: Resource Mobilization and Social Movements: A Partial Theory, in: The American Journal of Sociology (82) 6/1977: 1212-1241.

Meyer, Magrit 2008: Städtische Soziale Bewegungen, in: Roth, Roland / Rucht, Dieter (Hg.): Die sozialen Bewegungen in Deutschland seit 1945. Ein Handbuch, Frankfurt: 295-319.

Neidhardt, Friedhelm (Hg.) 1994: Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegungen, Opladen.

Neidhardt, Friedhelm 1985: Einige Ideen zu einer allgemeinen Theorie sozialer Bewegungen, in: Hradil, Stefan (Hg.): Sozialstruktur im Umbruch, Opladen: 193-204.

Nover, Sabine 2009: Protest und Engagement. Wohin steuert die Protestkultur? Wiesbaden.

Ottersbach, Markus 2003: Außerparlamentarische Demokratie. Neue Bürgerbewegungen als Herausforderung an die Zivilgesellschaft, Frankfurt/New York.

Prittwitz, Volker von 2000: Symbolische Politik – Erscheinungsformen und Funktionen am Beispiel der Umweltpolitik, in: Hansjürgens, Bernd / Lübke-Wolff, Gertrude (Hg.): Symbolische Umweltpolitik, Frankfurt: 259-276.

Raschke, Joachim 1991: Zum Begriff der sozialen Bewegung, in: Roth, Roland / Rucht, Dieter (Hg.): Neue Soziale Bewegungen in der Bundesrepublik Deutschland, 2. Aufl., Bonn: 31-39.

Raschke, Joachim 1988: Soziale Bewegungen. Ein historisch-systematischer Grundriß, 2. Aufl. Frankfurt; New York.

- Roth, Roland 2012: Vom Gelingen und Scheitern sozialer Bewegungen, in: *Forschungsjournal Soziale Bewegungen* 1/2012: 21-31.
- Roth, Roland 1998: Lokale Demokratie >>von unten<<, in: Wollmann, Helmut / Roth, Roland (Hg.): *Kommunalpolitik. Politisches Handeln in Gemeinden*, 2. Aufl., Bonn: 2-22.
- Roth, Roland / Rucht, Dieter 2008: Soziale Bewegungen und Protest – eine theoretische und empirische Bilanz, in: dies. (Hg.): *Die sozialen Bewegungen in Deutschland seit 1945. Ein Handbuch*, Frankfurt: 635-668.
- Roth, Roland / Rucht, Dieter (Hg.) 1991: Die Veralltäglichung des Protests. Einleitende Bemerkungen zur Wahrnehmung der neuen sozialen Bewegungen in Öffentlichkeit, Politik und Gesellschaft, in: dies. (Hg.): *Neue Soziale Bewegungen in der Bundesrepublik Deutschland*, 2. Aufl., Bonn: 11-28.
- Rucht, Dieter 2011: Zum Stand der Forschung zu sozialen Bewegungen, in: *Forschungsjournal Soziale Bewegungen* 3/2011: 20-47.
- Rucht, Dieter 2004: Movement Allies, Adversaries, and Third Parties, in: Snow, David A. / Soule, Sarah A. / Kriesi, Hanspeter (Hg.) 2004: *The Blackwell Companion to Social Movements*, Malden; Oxford; Carlton: 197-216.
- Rucht, Dieter 2003: Medienstrategien sozialer Bewegungen, in: *Forschungsjournal NSB* 1/2003: 7-13.
- Rucht, Dieter 1998: Komplexe Phänomene – komplexe Erklärungen. Die politischen Gelegenheitsstrukturen der neuen sozialen Bewegungen, in: Hellmann, Kai-Uwe / Koopmans, Ruud (Hg.): *Paradigmen der Bewegungsforschung*, Opladen; Wiesbaden.
- Rucht, Dieter, 1997. Soziale Bewegungen als demokratische Produktivkraft, in: Klein, Ansgar / Schmalz-Bruns, Rainer (Hg.): *Politische Beteiligung und Bürgerengagement in Deutschland – Möglichkeiten und Grenzen*, Bonn: 382-403.
- Rucht, Dieter 1994: Öffentlichkeit als Mobilisierungsfaktor für soziale Bewegungen, in: Neidhardt, Friedhelm (Hg.): *Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegungen*, Opladen: 337-358.
- Rucht, Dieter 1993: Parteien, Verbände und Bewegungen als Systeme politischer Interessenvermittlung, in: Niedermayer, Oskar / Stöss, Richard (Hg.): *Stand und Perspektiven der Parteienforschung in Deutschland*, Opladen: 251-275.
- Rucht, Dieter 1982: *Planung und Partizipation. Bürgerinitiativen als Reaktion und Herausforderungen politisch-administrativer Planung*, München.
- Scharpf, Fritz W. 2000: *Interaktionsformen. Akteurzentrierter Institutionalismus in der Politikforschung*, Opladen.
- Schmitt-Beck, Rüdiger 1990: Über die Bedeutung der Massenmedien für soziale Bewegungen, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 4/1990: 642-662.

Schmitt-Beck, Rüdiger / Pfetsch, Barbara 1994: Politische Akteure und die Medien der Massenkommunikation. Zur Generierung von Öffentlichkeit in Wahlkämpfen, in: Neidhardt, Friedhelm (Hg.): Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegungen, Opladen: 106-138.

Schneider-Wilkes, Rainer 2001: Bürgerengagement und Misserfolg in Bürgerinitiativen – Politische Lernprozesse von Berliner Verkehrsinitiativen, Diss., Berlin.

Snow, David A. / Rochford, E. Burke / Worden, Jr. Steven K. / Benford, Robert D. 1986: Frame Alignment Processes, Micromobilization, and Movement Participation, in: American Sociological Review (51) 4/1986: 464-481.

Statistisches Bundesamt / Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) 2011: Datenreport 2011. Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland, Bonn.

Steiner, Adrian / Jarren, Otfried 2009: Intermediäre Organisationen unter Medien Einfluss? Zum Wandel der politischen Kommunikation von Parteien, Verbänden und Bewegungen, in: Marcinkowski, Frank / Pfetsch, Barbara (Hg.): Politik in der Mediendemokratie, PVS Sonderheft 42/2009, Wiesbaden: 251-269.

Tarrow, Sidney 1991: Kollektives Handeln und Politische Gelegenheitsstruktur in Mobilisierungswellen: Theoretische Perspektiven, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 4/1991: 647-670.

Diese Seite bleibt aus technischen Gründen frei!